

»Marwa zu gedenken heißt, Rassismus zu bekämpfen«

Margot Gaitzsch



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

September 2020



Sommer der Möglichkeiten

Während OB Hilbert im »Urlaub« ist, ist wohl alles erlaubt. » Seite 3

Partei ergreifen

Für wen unser Gemeinwesen Partei ergreift, wem es materiell, administrativ oder symbolisch den Rücken stärkt, ist Gegenstand harter Auseinandersetzungen.

Auf 15 Milliarden Dollar schätzt der libanesische Präsident den Schaden der Explosion Anfang August im Hafen von Beirut ein. Den Sachschaden wohl gemerkt. Nun sind er und seine mittlerweile zurückgetretene Regierung Ziel massiver Proteste im Land. Letztere aber sind bemerkenswert: Sie richten sich gegen ein politisches System, das den Staat zur eigenen Bereicherung ausverkauft, das Menschen in Armut und ohne Perspektiven hält – und sich selbst an der Macht. Es geht den Protestierenden im Libanon um einen Machtwechsel aber auch um Wohlstand und nicht zuletzt um eine handlungsfähige öffentliche Hand. Eine handlungsfähige öffentliche Hand – die braucht es hüben wie drüben. Hier in Dresden etwa soll unser Gemeinwesen Hebammen finanziell unterstützen, die unter der Last ihrer Versicherungskosten leiden, sie soll schnelles Inter-

net dorthin bringen, wo es nicht nur in Zeiten von Heimunterricht dringend benötigt wird. Sie soll die Bedarfe in der Jugendhilfe sichern, mit gezielter Förderung das kulturelle Leben am Laufen halten und lebenslanges Lernen, etwa über eine starke Volkshochschule, ermöglichen. Die öffentliche Hand soll Partei ergreifen für die, die auf ihre Unterstützung angewiesen sind – auch wenn diese nicht materiell ist. Sie soll Beschäftigte vor verkaufsoffenen Sonntagen schützen, sie soll das Königsufer als öffentlichen, belebten Ort schützen und sie soll selbst dort erkennbar bleiben, wo sie ihrer Verantwortung nicht nachgekommen ist – so etwa am Marwa-El-Sherbini-Park vor dem Landgericht. Diese Aufgabenstellungen sind Gegenstand harter Kämpfe. Auf welcher Seite wir als LINKE dabei stehen, ist auf den folgenden Seiten lesbar. *Thomas Feske*

MAHNEN UND ERINNERN

Marwa El-Sherbini

Die Ägypterin Marwa El-Sherbini wurde am 1. Juli 2009 im Dresdner Landgericht während einer Gerichtsverhandlung ermordet. Fast zehn Jahre nach der Tat reichten auf Initiative unserer Stadträtin Kerstin Wagner die Fraktionen Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD einen Antrag zur Schaffung eines Ortes zur Mahnung und Erinnerung an Marwa El-Sherbini ein. Ein Jahr später, mit einem neu zusammengesetzten Stadtrat, wurde dieser Antrag endlich in der letzten Sitzung vor der Sommerpause mit 38 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen.

Die Ehrung des Andenkens der Ermordeten ist auch ein jahrelanges Anliegen des Integrations- und Ausländerbeirates der Stadt Dresden. Sie werden sich gemeinsam mit den Angehörigen von Marwa El-Sherbini an der Gestaltung des Parks beteiligen.

Kerstin Wagner und die amtierende Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch berichten über die Antragsinitiative und warum das dahinterstehende Anliegen erst 10 (!) Jahre nach der Tat erfolgreich beschlossen wurde. » Seite 2

GEBURTSHILFE

Die Haushaltssperre gefährdet die Förderung der Hebammen

Im Herbst 2018 beschloss der Ausschuss für Soziales und Wohnen auf Initiative der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN und SPD eine spezielle Förderung für selbständige Hebammen und Geburtshelfer in Dresden. Mit diesem Beschluss kann die entsprechende Berufsgruppe bis zu 200 Euro Zuschuss pro Geburt sowie 30 Euro für die Nachsorge beantragen. Einzige Voraussetzung ist, dass Mutter und Kind ihren Hauptwohnsitz in Dresden haben.

Mit der Hebammenförderung sollen die Rahmenbedingungen für die Geburtshilfe in einer der geburtenreichsten Städte gefördert werden.

Auslöser für diese Initiative waren die im Sommer 2018 angestiegenen Beiträge der Haftpflichtversicherung von freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern. 1981 mussten noch günstige 30,68 Mark für den Haftpflichtschutz bezahlt werden. Mit den Jahren stieg die Höhe des Beitrages rasant: auf 1.352 Euro im Jahr 2003, 6.843 Euro im Jahr 2016 und 2017 auf satte 7.639 Euro (!). Im Juli 2018 wurden die Prämien für die Haftpflichtversicherung dann auf 8.174 Euro erhöht. Grund für die steigenden Kosten sind die ebenfalls gewachsenen Kosten für schwere Geburtsschäden.

Bereits Anfang 2019 stand die Fortschreibung der Hebammenförderung auf der Kippe: Die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat machten einen Beschluss beinahe unmöglich. Die Hebammenförderung konnte dann doch glücklicherweise mit einem Anteil des Budgets aus der Liquiditätsreserve finanziert werden.



Die Hebammenförderung fördert auch Familien.

Jetzt muss erneut um die Fortschreibung der Hebammenförderung gebangt werden. Die Verwaltung ließ verlauten, dass in der aktuellen Haushaltsaufstellung das entsprechende Budget nicht eingeplant sei. Bei dem durch die Corona-Pandemie gegenwärtig angeschlagenen Finanzhaushalt der Landeshauptstadt hätten andere kommunale Projekte Vorrang. Zurzeit wird trotzdem händeringend seitens des Geschäftsbereichs für Soziales und Wohnen nach einer Finanzierungsmöglichkeit gesucht.

Die Redaktion

Marwa-El-Sherbini Platz soll ein Zeichen setzen

Die ehemalige Stadträtin Kerstin Wagner und die amtierende Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch sprechen über die Antragsinitiative und den schweren Weg zum Beschluss.



Der Park vor dem Dresdner Landgericht soll künftig »Marwa-El-Sherbini-Park« heißen.

Kerstin, der Antrag entstammt deiner Feder. Wie kam es zu dieser Initiative?

Kerstin Wagner: Die Forderungen des Integrations- und Ausländerbeirates nach einer Straßenbenennung nach Marwa El-Sherbini kenne ich schon viele Jahre. Als ich in der Position war, meinen Teil zur Umsetzung beizutragen, habe ich das getan. Ich hätte diesen Antrag gern gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien des Stadtrates eingebracht und habe das Gespräch mit Fraktionensmitgliedern von CDU und FDP gesucht. Ich bin der Überzeugung, dass der Kampf gegen Rassismus kein linkes oder links-grünes Thema sein darf. Den Antrag mit uns einbringen wollten dann aber nur SPD und Grüne.

Gab es bereits vor diesem Antrag Bemühungen einer anderen Form des Erinnerens an Marwa El-Sherbini?

Dr. Margot Gaitzsch: Es gab bereits 2012 eine Antragsinitiative, die Lothringer Straße in »Marwa El-Sherbini-Straße« umzubenennen. In diesem Fall gab es große Bedenken gegen diesen Antrag. Stattdessen entstand der Antrag auf die Vergabe eines Marwa El-Sherbini-Stipendiums an eine in Dresden studierende Frau, die sich in besonderer Weise für die Integration von Muslima in die Gesellschaft engagiert. In der seit 2009 bestehenden Kooperation übernahm es die SPD unter der Führung des damaligen Stadtrates Herrn Christian Avenarius das Thema weiter zu bearbeiten. Mit dem Weggang von Herrn Avenarius wurde es still um dieses Thema – bis Kerstin dankenswerter Weise eine neue Initiative startete. Dass diese erfolgreich sein würde, war damals noch nicht absehbar, denn die konservativen sträubten sich lange.

Wieso wurde ausgerechnet der Platz vor dem Landgericht ausgewählt?

Kerstin Wagner: Der Ort des Mordanschlags war das Landgericht – das seitdem auf strenge Personenkontrollen achtet. Nicht »nur« eine Straßenbenennung anzustreben, sondern einem Park in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Tatort den Namen eines Opfers rassistischer Gewalt zu geben, war letztlich nicht nur ein gutes Zeichen, sondern auch vom Verfahren her einfacher. Über Straßenbenennungen wird sonst eigentlich immer auf Ebene der Stadtbezirksräte entschieden. Wir wollten aber ein politisches Signal senden – das ist uns gelungen!

Margot, wie hast du die Tat vor elf Jahren miterlebt?

Dr. Margot Gaitzsch: Die Tat war für mich, wie für viele andere auch, zuerst einmal ein Schock. Wie konnte eine solche Horrortat im Gericht überhaupt passieren? Marwa wollte vor Gericht für Gerechtigkeit, für Gleichberechtigung von Frauen, für die Achtung von Frauen unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrem Glauben streiten. Dass sie das in einem Dresdner Gericht mit dem Leben bezahlen musste, bleibt unfassbar. Jährlich kommen mehrere hundert Menschen und gedenken der Bluttat. Doch leider hat dies bislang nicht zu einer nachhaltigen Veränderungen in der Stadtgesellschaft, den kritischen Auseinandersetzungen mit den Fragen von Asyl und Migration in Dresden geführt. Aber genau das passt in das Bild von Dresden, sich nicht offensiv mit dem Thema von strukturellem Rassismus, von Menschenfeindlichkeit und Nationalismus auseinanderzusetzen. Andere Städte sind da weiter.

Die Fragen stellte Jana Neveling

Zweierlei Maß der Versammlungsbehörde

LINKE fordert lückenlose Aufarbeitung und Bericht des Oberbürgermeisters zum Versammlungsgeschehen rund um PEGIDA.

Nach den Ereignissen rund um die Versammlung von PEGIDA am 17. August 2020 fordert die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat eine lückenlose Aufarbeitung des Geschehens sowie einen ausführlichen Bericht von Oberbürgermeister Hilbert (FDP) in der kommenden Sitzung des Dresdner Stadtrates ein. Nach einem Aufruf von PEGIDA-Anführer Lutz Bachmann war es auf dem Neumarkt zu tumultartigen Szenen gekommen. Es drohten massive Übergriffe der PEGIDISTEN auf Gegendemonstranten. Der folgende Polizeieinsatz wurde von Beobachtern und Gegendemonstranten kritisch bewertet. Das Ordnungsamt schritt nicht ein und befand im Nachgang sogar, Bachmann habe alles richtig gemacht.

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach schätzt dazu ein: »Bei Anmelden, Teilnehmern und Beobachtern von Versammlungen besteht bereits seit geraumer Zeit der Eindruck, dass Kundgebungen und Aufzüge durch die Dresdner Versammlungsbehörde ungleich behandelt und Versammlungen von PEGIDA bevorzugt werden. Nun

steht der Verdacht im Raum, dass die Versammlungsbehörde einmal mehr alle Augen für PEGIDA zugedrückt hat.« Die Versammlungsbehörde habe die »äußerst aggressiv auftretenden PEGIDISTEN« selbst dann gewähren lassen, als Gegendemonstranten mit Übergriffen bedroht worden seien. Schollbach erhob dazu eine klare Forderung in Richtung des Oberbürgermeisters: »Ich erwarte, dass diese Geschehnisse lückenlos aufgearbeitet werden und Oberbürgermeister Hilbert einen ausführlichen Bericht dazu vorlegt. Er ist der oberste Dienstvorgesetzte der Versammlungsbehörde und hat seiner Verantwortung nachzukommen.« Bereits in der Vergangenheit war es immer wieder zu teils erheblichen Straftaten im Zuge von PEGIDA-Versammlungen gekommen. So war die Staatsanwaltschaft etwa mit Verfahren wegen Gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Volksverhetzung, Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen befasst.

Thomas Feske



Werden selbst bei angekündigten Straftaten nicht aufgelöst: PEGIDA-Demonstrationen.

Schwarzbau Waldschlößchenbrücke

Der teuersten Elbebrücke Deutschlands fehlen seit Jahren notwendige Umweltgutachten – ein rechtmäßiger Planfeststellungsbeschluss ist bislang nicht einmal in Sicht.

Vor sieben Jahren wurde die umstrittene Waldschlößchenbrücke in Dresden offiziell eröffnet. Sie kostete bislang über 180 Mio. Euro und ist damit die teuerste Elbebrücke Deutschlands. Drei Jahre nach der offiziellen Eröffnung der Waldschlößchenbrücke erklärte das Bundesverwaltungsgericht

den Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen für deren Bau für rechtswidrig (Urteil vom 15. Juli 2016 – BVerwG 9 C 3.16). Das Gericht wies in dem Urteil auf Folgendes hin: »Der Beklagte hat nun ein ergänzendes Verfahren durchzuführen, um die festgestellten Mängel zu beheben.« Seit diesem

Urteil sind inzwischen mehr als vier Jahre vergangen. Dennoch liegt bis heute kein rechtmäßiger Planfeststellungsbeschluss vor. Es ist nach wie vor nicht absehbar, wann dies der Fall sein könnte. Dazu sagt LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: »Man muss es so sagen wie es ist: Die teuerste Elbebrücke Deutschlands ist ein Schwarzbau. Obwohl das Bundesverwaltungsgericht bereits vor über vier Jahren den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Waldschlößchenbrücke für rechtswidrig erklärte, ist nach wie vor kein Termin für eine Legalisierung in Sicht.«

André Schollbach hat zu dieser Thematik seit 2016 immer wieder schriftliche Anfragen an Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sowie die Sächsische Staatsregierung gerichtet und sich nach den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, den eingeleiteten Maßnahmen, dem verfolgten Zeitplan und den entstehenden Kosten erkundigt. Hiernach wurde die Stadt Dresden im Jahr 2016 von der Landesdirektion aufgefordert, weitere Untersuchungen, eine ergänzende Verträglichkeitsprüfung durchzuführen sowie einen Artenschutzfachbeitrag zu erstellen.

Im August 2020 wurde nun mitgeteilt, dass die Unterlagen als Leseexemplar bei der Stadtverwaltung vorlägen und dort geprüft würden. Es handle sich um elf Einzelunterlagen, aufgeteilt in Artenschutzprüfung, Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Vorprüfungen, FFH-Prüfungen sowie FFH-Abweichungsprüfungen. Ein genauer Termin für die Einreichung dieser Dokumente bei der Landesdirektion könne jedoch derzeit nicht benannt werden, da diese mit insgesamt circa 1.300 Seiten sehr umfangreich seien. Nach gegenwärtigem Stand belaufen sich die zu erwartenden finanziellen Aufwendungen der Stadt Dresden für diese Gutachten, Untersuchungen und Prüfungen auf circa 220.000 Euro.

Norbert Engemaier



Kostete Dresden den Weltkulturerbetitel: Der Schwarzbau Waldschlößchenbrücke.

Zeittafel

- 2000 Bauarbeiten im Umfeld
- 2004 1. Planfeststellung
- 2007 Baubeginn unter Protesten
- 2009 Aberkennung Welterbetitel
- 2013 Eröffnung der Brücke
- 2016 Urteil zu Rechtswidrigkeit

Mehr Freifunk wagen!

Ein Rück- und Ausblick zur Digitalisierung und dem unermüdlichen Kampf mit der Stadtverwaltung und den rechts-konservativen Fraktionen.

Unser Kommunalwahlprogramm fordert, dass Dresden freies WLAN in allen städtischen Gebäuden und an öffentlichen Plätzen bieten und dabei die Zusammenarbeit mit Freifunk-Initiativen nutzen soll. Bereits 2012 stellte DIE LINKE einen Antrag für freies und kostenloses WLAN in Dresden als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dieser wurde 2013 abgelehnt. Nur ein Jahr später wollte die Stadt dann plötzlich doch eigene WLAN-Hotspots schaffen mittels eines Verbunds von Dresden Information GmbH, Dresden Marketing Gesellschaft und dem Verkehrsverbund Oberelbe unter dem Etikett Tourismus und Wirtschaft. 2016 erfolgte mit Rot-Rot-Grün der Beschluss mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich des Freifunks Standorte da anzubieten, wo sich Personengruppen mit einem besonderen Bedarf befinden. Die Stadtverwaltung verlangte von den Freifunker*innen eine Vereinsgründung sowie einen Anforderungskatalog mit konkreten Zielen und Standortplänen. Dem kamen die Freifunker*innen im darauf folgenden Jahr auch nach. Zudem wurde mit der Novellierung des Telemediengesetzes die Störerhaftung für Anbieter*innen von freiem WLAN dem Grunde nach abgeschafft. Dennoch beruft sich die Verwaltung auf mögliche Haftungsrisiken und forderte von den



Freifunk sichert digitale Teilhabe für Menschen ohne teuren Mobilfunkvertrag.

rund Dutzend Mitgliedern des kleinen Freifunkvereins die vertragliche Übernahme aller(!) Haftungsrisiken. Damit endete dann die Zusammenarbeit der Stadt mit den Freifunker*innen trotz des Stadtratbeschlusses – nicht aber der Standortausbau des mittlerweile eigenen öffentlichen WLANs und das trotz angeblicher Haftungsrisiken. Für den Ausbau wurde sogar der Anforderungskatalog der Freifunker*innen für die eigene Umsetzung verwendet. Besonders die Neustadt und Innenstadt sind nun gut abgedeckt. Die weißen Flecken befinden sich noch immer an den Ortsrändern und Stadtgebieten wie Gorbitz oder Prohlis.

Es ist eine absolute Frechheit, dass man für Tourismus und Wirtschaft WLAN-Hotspots schafft, während die

Ortsränder und Stadtgebiete wie Gorbitz oder Prohlis noch lange darauf warten können. Stadtratsbeschlüsse werden nicht umgesetzt und kleine Vereine werden am ausgestreckten Arm verhungern gelassen, obwohl diese den Ausbau und die Umsetzung von Freifunk ehrenamtlich leisten. Oft stehen die rechts-konservativen Fraktionen auf Seiten von Stadtverwaltung und Wirtschaft und glänzen mit sinnlosen Anträgen oder legen dem Fortschritt Steine in den Weg. Dem gilt es konsequent entgegen zu treten. Viel mehr sollten die unermüdlichen Ehrenamtler*innen und nicht zuletzt die Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden, die keinen Zugang zum WLAN-Netz haben. Es ist eine Frage der sozialen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit in Dresden, die sich besonders beim Heimunterricht während der Corona-Pandemie bemerkbar gemacht hat aber nicht auf diese beschränkt ist. Denn noch immer bewegen wir uns bei der Digitalisierung in vielen Bereichen im Schneckentempo. Allzu oft werden auch die öffentlichen Gelder für schlechte Software, Lizenzen oder unpraktikable Endgeräte ausgegeben. DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat wird weiterhin mit Herz und Verstand für digitalpolitische Themen streiten und den Finger stets auf's Neue in die Wunde legen. *Katharina Hanser*

AUS DER NEUSTADT

Internet abschalten – ernsthaft?

In der Woche nach der Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 06.07.2020 war die Dresdner Neustadt Gegenstand breiten Medieninteresses. »Dresden: Politiker wollen das Internet abschalten, Dresden blamiert?« oder »Darf Dresden Bewohnern Internet abschalten?« war zu lesen.

Doch was war eigentlich passiert? In der Sitzung am 06. Juli sollte der Stadtbezirksbeirat über einen Antrag der FDP entscheiden. Diese wollte zwei weitere verkaufsoffene Sonntage für die Dresdner Neustadt aufgrund der ausgefallenen Stadtteilstellen ermöglichen. Damit sollte dem lokalen Handel in Zeiten der Krise geholfen werden.

Diesen Antrag hätten wir natürlich in der Form abgelehnt, DIE LINKE spricht sich gegen noch mehr Sonntage aus, an denen die Verkäufer*innen arbeiten müssen. Die Partei DIE PARTEI hatte in der Sitzung einen passenden Änderungsantrag dabei, der auch eine Mehrheit im Gremium fand. Der Antrag hatte das Ziel

den Antrag der FDP folgendermaßen zu verändern: »... dem Stadtbezirksbeirat Neustadt wird die Möglichkeit eingeräumt zwei Termine und Ereignisse zu finden, an denen das Internet in der Zeit von 12 bis 18 Uhr abgeschaltet wird ...«.

Natürlich will keiner das Internet abschalten, das wäre auch technisch für den Stadtbezirk nicht möglich. Es ging bei den Änderungen darum, den Fokus auf das wirkliche Problem zu lenken. Denn nicht die fehlenden Öffnungszeiten sind das Problem. Wenn wir ehrlich sind ist das Problem, dass wir zu viel im Internet bei den großen Versandhändlern shoppen. Wer den lokalen Handel stärken will, der muss dann auch lokal einkaufen. Das geht in vielen Fällen sogar online. Viele lokale Geschäfte haben eine Internetpräsenz aufgebaut. So ist der beschlossene Antrag des Stadtbezirksbeirates nicht ganz ernst zu nehmen und soll uns einfach an eine Sache erinnern: Was ich Sonntag nicht online kaufen kann, kaufe ich Montags lokal. *Marcel Ritschel*



Um die Geschäfte ums Eck zu fördern: Lokal einkaufen statt online.

CHRISTOPHER-STREET-DAY

Jetzt zeigt Dresden endlich Flagge!

Das Hissen der Regenbogenflagge zum Christopher-Street-Day (CSD) ist in anderen Städten schon längst Tradition. Damit dieses Zeichen der Wertschätzung und Solidarität endlich Dresden ankommt, haben wir als Fraktion den Antrag gestellt, zum Internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDA-HIT*) und zum CSD die Regenbogenflagge zu hissen. Auf der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause wurde unser Antrag mit einer knappen Mehrheit von 37 Stimmen endlich angenommen.

Neben Chemnitz und Leipzig gehört auch Pirna zu den Städten, in denen jährlich die Regenbogenfahne gehisst wird. Dieses Jahr wurde nach nur einer Woche die Flagge samt Mast zerstört und schon in den Jahren davor gab es queerfeindliche Angriffe in Form von Sachbeschädigungen und Störungen auf der Kundgebung in Pirna.

Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen nicht ab, ganz im Gegenteil. Fast ein Drittel der sächsischen Gesellschaft gab im Sachsen Monitor an, dass Beziehungen zwischen Personen desselben Geschlechts unnatürlich seien. Dabei bleibt es schon längst nicht nur bei den Einstellungen - in Sachsen erleben Menschen konkrete Gewalterfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Das zeigt auch eine Studie der LAG Queeres Netzwerk Sachsen. Die 267 Teilnehmenden erlebten in den letzten 5 Jahren insgesamt 1672 Übergriffe.



Buntes Treiben beim Christopher-Street-Day, an dem jährlich Tausende Menschen teilnehmen.

Darunter Beleidigungen, Bedrohungen, Stalking und leichte und schwere Körperverletzungen.

Hilbert will ein Bürgermeister für alle sein. Trotzdem braucht es erst mehrere Aufforderungen und schließlich einen Stadtratsbeschluss, um auch ein Bürgermeister für die zu sein, die sonst so oft in unserer Gesellschaft und im Alltag unsichtbar gemacht werden. *Leo Lentz*

Neustädter Markt – Der Schlüssel ist es, die Straße zu verkleinern.

Beschlussfassung zum »Königsufer/Neustädter Markt« erhält Elbgrün, Neustädter Markt und Bauten der Ostmoderne.



Aussicht aus den »Platten« auf den Goldenen Reiter, Blockhaus und die Altstadt

Zum ersten Mal hatte ein Stadtrat sich auf Antrag der LINKEN die endgültige Formulierung und Beschlussfassung zur Aufgabenstellung eines städtebaulichen Wettbewerbes und zur Jurybesetzung vorbehalten. Dinge, die landläufig dem Stadtplanungsamt überlassen werden.

Zuvor waren nicht bestätigte Planungen der Aufgabenstellung beigelegt worden, als hätte es die anderslautenden Beschlüsse zum Rahmenplan Innere Neustadt vom Januar 2016 nie gegeben.

Statt einer vom Stadtplanungsamt völligen Überarbeitung des Bestandes, insbesondere der Bauten der Ostmoderne an der Nordseite des Neustädter Marktes und an der Sarrasanistraße, sollte dies ausdrücklich erhalten werden. Eine städtebauliche Fassung des Neustädter Marktes an der Südseite Richtung Elbe wurde zwar bestätigt, allerdings nicht über die Grenzen der Vorkriegsbebauung hinaus. Das Elbufer blieb der Grüngestaltung vorbehalten.

Einmal dabei, wurden entsprechend den Regeln für Planungswettbewerbe bindende Vorgaben gemacht, sehr zum Missfallen der Fachleute in der Verwaltung. Unter anderem sollte eine Rekonstruktion von barocken Bürgerhäusern auf zwischen Blockhaus und Bellevue diskutiert werden und die Baugrenzen Richtung Elbe wurden verbindlich festgeschrieben, um allen Ausbruchversuchen von Verwaltung oder Investoren einen Riegel vorzuschieben.

Die Vorgaben lenkten die Kreativität der Wettbewerbsarbeiten in sinnvolle Bahnen, wie die bestbewerteten Arbeiten zeigten. Ziel war außerdem, eine kleinteilige Bebauung zu verwirklichen, um nicht mit den bereits bestehenden Großbauten wie dem Finanzministerium, dem Blockhaus oder der Bebauung aus den siebziger Jahren in Konkurrenz zu treten. Vielmehr sollten die verschiedenen Bauepochen von Renaissance, Barock, Gründerzeit und Ostmoderne zusammengeführt und durch gestaltete Übergänge miteinander verbunden werden.

Die in die Kritik geratene Verkleinerung des Neustädter Marktes wurde dagegen verworfen. Die Wettbewerbsbeiträge mühten sich damit vergeblich ab, für mögliche Baufelder links und rechts des Goldenen Reiters sinnvoll gestaltete Baukörper zu definieren.

Mit dem gefassten Beschluss, den Siegerentwurf in Bebauungspläne zu überführen, beginnt die Detailarbeit. Der Neustädter Markt soll möglichst original erhalten bleiben und ergänzt werden. Die leidige Gestaltung der Fassaden ist weiteren Wettbewerben vorenthalten. Alle Fraktionen bekannten sich zu einer Verkleinerung der Großen Meißner/Köpckestraße. Städtebaulich ist selbige ein Missstand, schneidet er doch so wichtige Bauten wie das Japanische Palais, das Hotel Bellevue, das Blockhaus und das Finanzministerium sowie den gesamten Uferraum der Elbe von der eigentlichen Inneren Neustadt ab. *Tilo Wirtz*

JUGENDHILFE

Debatte zum
Etat 2021/22

Eigentlich muss sich der Stadtrat mit seinen Gremien gedulden bis der Oberbürgermeister die Zahlen seines Haushaltsentwurfes rausrückt. Ende September soll das der Fall sein. Vorher gilt es abzuwarten oder auf dem einen oder anderen Informationsbröckchen herumzukauen, was man dennoch ergattern kann. Eine andere Sache ist das beim Jugendhilfeausschuss: Dieser ist per Gesetz Teil des Jugendamtes, also auch ein Teil der Stadtverwaltung. Somit kann er eigentlich auch an der sonst geheim gehaltenen, veraltungsinternen Diskussion um die Haushaltsplan-aufstellung teilnehmen. Nach der Frühjahrsklausur unserer Fraktion zur Haushalts-situation war das Eingreifen des Ausschusses auch bitter nötig. Dort ließ Finanzbürgermeister Lames nämlich erkennen, dass wieder einmal Hand an den Etat der Förderung freier Träger gelegt wurde.



40 Stellen droht die Streichung.

Für die Gesamtverwaltung gab es coronabedingt eine Marschrichtungszahl: 12% weniger Ausgaben bei den Sachkosten, Nullrunde bei den Personalkosten. Anders bei den geförderten Trägern: Hier wurde die Schere auch bei den Personalkosten angesetzt. Trotz einer bereits vom Oberbürgermeister reduzierten Kürzung bleibt immer noch ein Fehlbedarf von über 5 Millionen Euro. Würde das so bleiben, müssten ab dem nächsten Jahr über 40 Personalstellen gekürzt werden. Diese Zahlen, die ich vorher schon vermutet hatte, sind nun von der Jugendamtsverwaltung öffentlich bestätigt worden. Nun gilt es zu argumentieren, damit dieses Szenario nicht zu Wirklichkeit wird.

Tilo Kiebling

Schiebepuzzle mit Schulen

Über das endlose Spiel des Schulverwaltungsamtes, laufende Beschlüsse immer und immer wieder zu umgehen.



Am Bertolt-Brecht-Gymnasium in der Dresdner Johannstadt lernen fast 1000 Schülerinnen und Schüler.

Das Bertolt-Brecht-Gymnasium in Dresden und die 101. Oberschule sind kürzlich Gegenstand von zahlreichen Diskussionen geworden. Laut 2018 beschlossenen Schulnetzplan sollte das bereits sanierte Bertolt-Brecht-Gymnasium erneut renoviert und vor allem erweitert werden. Die 101. Oberschule sollte auf der Cockerwiese neu gebaut werden. Die Schule hat zwar ein vollständig saniertes Gebäude an der Pfothener Straße in Johannstadt, läuft jedoch dreizügig statt fünfzügig an ihrem gegenwärtigen Standort. In das neu geplante Schulgebäude passt auch ein Gymnasium, dieses wird nun ab diesem Schuljahr mit den ersten Schülerinnen und Schülern starten. Die 101. Oberschule teilt sich die Räume jetzt mit dem neuen Gymnasium und dem Abendgymnasium.

Das Abendgymnasium geht später in den Schulstandort Gehestraße, wenn das Gymnasium Klotzsche in ihr neugebaute Schulhaus zurückzieht. 2023/24 wird es dann Probleme geben, die Oberschule und das Gymnasium gemeinsam unterzubringen.

Da zeigt sich, wie eng alles geplant ist: sobald eine Schule nicht rechtzeitig fertig ist, wird es problematisch. Wenn nun das Schulverwaltungsamt zusätzlich ohne Absprache mit den Fachpolitiker*innen diese Pläne einfach verändert, hat das gravierende Folgen. Es werden ihnen Vorschläge gemacht, die nicht den Beschlüssen entsprechen. Meist ist die Zeit dann so weit fortgeschritten, dass ein Eingreifen seitens der Politik kaum noch möglich ist. Dieses Problem zeigte sich nun bei einem neuen Vorschlag: Das Bertolt-Brecht-Gymnasium soll abgerissen

und als Kompaktbau neu gebaut werden. Es soll ein gemeinsamer Schulcampus aus der 101. Oberschule und des Bertolt-Brecht-Gymnasiums entstehen, der 2023/24 mit einer dreijährigen Bauzeit beginnen soll. Eher zu bauen ist nicht möglich, da es keinen freien Ausweichstandort für das Gymnasium gibt. Dieser steht erst 2023/24 am Ausweichstandort Terrassenufer zur Verfügung, wenn die Sanierung des Gymnasiums Cotta rechtzeitig fertig wird. Wir wissen also nicht, wo die 101. Oberschule drei Jahren lang untergebracht werden kann. Beide Schulen wurden nicht in die Pläne einbezogen und protestieren nun. Die Arbeitsweise des Dresdner Schulverwaltungsamtes ist ein Desaster, der neugewählte Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes steht vor gewaltigen Herausforderungen. Anja Apel

ANTRAGSINITIATIVE

Neuer Weg für die VHS?

Im letzten Jahr wurden durch die Volkshochschule 921 Kurse angeboten. Ihre Absicherung gelang der VHS Dresden mit weniger Personal als durch die meisten anderen Volkshochschulen in Deutschland benötigt. Die Dresdner VHS kommt ihrem Auftrag der Daseinsfürsorge nach, der Bildungsmöglichkeit für ALLE. Allerdings fehlt es ihr mit der politisch gewollten Ausweitung ihres Angebots an ausreichender und planbarer finanzieller Unterstützung. Zudem sollte für sie eine geeignete Rechtsform geschaffen werden, die ihren den Belangen gerecht wird und gleichzeitig für die Landeshauptstadt Dresden finanzierbar ist. Darauf zielen nun LINKE, SPD und GRÜNE mit einem eingereichten Antrag ab.

Die Redaktion



Die Volkshochschule ermöglicht lebenslanges Lernen für Alle.

CLUBKULTUR

Sperrstunde aufgehoben

Im Juni 2019 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Aufhebung der Sperrstunde. Vorausgegangen war eine Petition zu dem Thema, die von Bürger*innen und Kulturschaffenden eingereicht wurde. Kurz vor der Sommerpause wurde die Aufhebung der Sperrstunde dann vom Rat beschlossen. Damit wurde ein wichtiges Signal der Stadt Dresden für ein freies und pulsierendes Nacht- sowie Clubleben gesetzt.

Stadtrat Magnus Hecht bezeichnete in seiner Rede in der Ratssitzung die Sperrstunde als Ärgerinstrumentarium, das wie ein Damoklesschwert über der Clubkultur hing. Er sei froh, dass dieses Hindernis nun weggenommen würde. »Wir wollen keinen Ärger, wir wollen die ganze Nacht«, ergänzt er.

Die Redaktion



Können jetzt die ganze Nacht auflegen: DJs in den Clubs.

IM GESPRÄCH MIT

Christopher Colditz

Für welche kommunalpolitischen Themen setzt du dich besonders ein? Besonders während der Corona-Krise zeigt sich, wie wichtig der Themenkomplex »Soziales« ist. Für uns als LINKE ist klar, dass besonders jetzt hier kein Rotstift angesetzt werden darf, auch wenn die Kommune Einnahmeverluste hat. Besonders Beratungsangebote, die vor Sucht oder Wohnungslosigkeit schützen, aber auch Einrichtungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt dürfen nicht von Sparmaßnahmen betroffen werden. Ein Thema, das ich demnächst angehen möchte, ist ein niedrigschwelliges Übernachtungshaus für Wohnungslose. Besonders für EU-Bürger*innen ohne Obdach ist es momentan aufgrund der Bürokratisierung schwierig bis unmöglich, schnelle Hilfe und eine Übernachtungsmöglichkeit zu erlangen. Ein Übernachtungshaus ermöglicht unkompliziert und günstig zu übernachten, Duschen und das Waschen der Kleidung.

Kulturelle Folgen der Corona-Politik

Ergänzungsantrag macht aus Hilberts Projekt zur Förderung der Werbeagenturen echte Kultur-Nothilfe.

Schätzungen zufolge fehlen allein in kommunalen Einrichtungen und bei den freien Trägern im Kulturbereich zehn Millionen Euro. Die Corona-Krise brachte die prekäre Situation der Kunst- und Kulturschaffenden auf drastische Art ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Aber auch Gastronomen, Hoteliers und die Veranstaltungsbranche erleben seit Monaten eine nie da gewesene Krise. Aktionen wie »Ohne uns ist Stille« vor der Semperoper machten auf die Not der Betroffenen aufmerksam. Auch fünf Monate nach dem ersten Lockdown hat die Corona-Pandemie unser Leben fest im Griff. Kunst und Kultur können nur sehr eingeschränkt konsumiert werden. Der Tourismus rollt nur langsam wieder an. Viele verbringen ihren Urlaub im eigenen Land und so sieht man auch in Dresden hauptsächlich deutsche Tourist*innen.

Ob diese ihren Aufenthalt tatsächlich von kulturellen Zusatzangeboten, wie den viel beworbenen Kulturinseln abhängig machen, darf bezweifelt werden. Die zwölf Pavillons werden laut Programm nur von Donnerstag bis Samstag genutzt und stehen den Rest der Woche leer. Die verwaisten Zelte sind ein Sinnbild

für diesen Krisensommer, in dem es außer Ratlosigkeit und Aktionismus nicht viel zu geben scheint. Anders ist es nicht zu erklären, dass der OB trotz Haushaltssperre ein Budget von einer halben Million Euro für »sein« Projekt übrig hatte, von dem insbesondere drei Werbeagenturen profitierten, deren Inhaber zu den Vertrauten Hilberts zählen.

Um dieses umstrittene Konzept mittragen zu können, haben wir gemeinsam mit SPD und Grünen einen umfassenden Ergänzungsantrag eingebracht. Getreu dem Motto »Kunst trotz Corona« wurden weitere 500.000 Euro für die unmittelbare Unterstützung der lokalen Kunst- und Kulturszene bereitgestellt. Davon werden 225.000 Euro über den Branchenverband »Wir gestalten Dresden« ausgereicht, der damit die privatwirtschaftliche Kultur- und Veranstaltungsszene fördert. 235.000 Euro werden an institutionell geförderte Einrichtungen verteilt, welche direkt von der Corona-Pandemie betroffen sind. 40.000 Euro werden zur Aufstockung der Kleinprojektförderung genutzt. Hier können lokale Kulturakteure kurzfristig geplante Projekte vorstellen und bis zu 2.500 Euro Förderung beantragen.

Anne Holowenko



Stadtrat Christopher Colditz (Angestellter) ist Mitglied in den Ausschüssen für Soziales und Wohnen, Petitionen sowie Gesundheit.

Was ist dein persönlicher Zugang zu diesen Themen?

Ich komme zwar nicht aus einem armen Haushalt, allerdings auch nicht aus einem gerade besonders wohlhabenden. Ich habe gesehen, wie hart meine Eltern arbeiten mussten, um mir viele Dinge zu ermöglichen, wofür ich ihnen auch heute noch sehr dankbar bin. Ich möchte, dass es andere Menschen besser haben und sie mehr Zeit für die schönen Dinge im Leben haben, anstatt viel Zeit in arbeiten investieren zu müssen. Dafür müssen wir zwar die großen Stellschrauben drehen, um das System Kapitalismus abzuschaffen, aber auch auf dem Weg dahin können wir mit kleinen Veränderungen schon konkrete Verbesserungen für das Leben von Menschen erreichen.

Die Fragen stellte Jana Neveling



Hilberts Projekt »Dresdner Kulturinseln« - von Montag bis Donnerstag sind sie Sinnbild für den Krisensommer.

Die Zukunft des städtischen Klinikums

Um über die Perspektiven und Risiken des städtischen Klinikums zu informieren und mit allen Interessierten ins Gespräch zu kommen, lädt die Fraktion ins Café Luk ein.



Jens Matthis kämpft für die Kliniken.

Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Höchste Leistungsfähigkeit bei möglichst hohem Profit und möglichst wenig Liegezeit – so scheint jedenfalls die Devise des seit 1992 vom Bund beschlossenen Gesundheitsstrukturgesetzes und der damit eingeführten Fallpauschalen, die für jede medizinische Leistung an die Kliniken gezahlt werden. Seit 30 Jahren sorgt das Gesetz für eine deutlich höhere Arbeitsbelastung für das medizinische Personal und führt zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitssystems.

DIE LINKE spricht sich klar für eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern in Deutschland aus. 2012

konnte mittels eines Bürgerentscheids in Dresden die Privatisierung des Städtischen Klinikums Dresden verhindert werden. Das Krankenhaus befindet sich seitdem nach wie vor in kommunaler Hand. Und trotzdem steckt es derzeit vor großen Herausforderungen: Dem Druck durch private Kliniken, der Konkurrenz zum Uniklinikum Dresden, der Notwendigkeit, dem medizinischen Fortschritt gerecht zu werden, einer alternden Bevölkerung und möglichen Standortveränderungen des Klinikums. Über all dies und Ihre und Eure Vorstellungen zur Zukunft des Dresdner Klinikums möchte unser Stadtrat Jens Matthis am 30. September mit Ihnen und Euch im Café Luk ins Gespräch kommen. *Die Redaktion*

Informationen zur Veranstaltung:

30. September 2020
18 Uhr offene Bürgersprechstunde
19 Uhr Veranstaltungsbeginn

Ort:

Café Luk, Grundstraße 174,
01324 Dresden

Der Eintritt ist frei!

FLÄCHENMANAGEMENT

Das böse E-Wort



Freiflächen für Schulen sind unverzichtbar.

erste Bebauungsplan für ein neues Wohngebiet an der Stauffenbergallee beschlossen werden. Allerdings entstand auf der Zielgeraden neue Unklarheit.

Zwei Schulen in der Nähe, die Freie Alternativschule und die Melli-Beese-Grundschule benötigen perspektivisch größere Freiflächen. Diese wurden im Planungsumgriff des B-Planes vorausschauend als Gemeinbedarfsfläche festgesetzt. Allerdings schockte die horrende Pachthöhe von ca. 55.000 Euro im Jahr. Der Vorgang gab Anlass zu prüfen, ob eine Enteignung nach §87 Baugesetzbuch in Betracht gezogen werden muss, wenn alle anderen Einigungsversuche gescheitert sind, um den Bestand der Schulen zu sichern. Kurz vor der anstehenden Beschlussfassung schlug die öffentliche Diskussion dazu Wellen. Zum Stadtrat wurde dann jedoch eine Absichtserklärung vorgelegt, dass Grundstückseigentümer und Schulen sich einigen wollen. *Tilo Wirtz*

Nachdem die Bundeswehr ihren inhaltlichen Widerstand aufgegeben hatte, die lange quasi ein Recht auf Gefechtslärm mitten in der Stadt geltend machte, konnte der

INFOSTÄNDE

Wöchentlich am Lingnermarkt

Während des Lockdowns rund um die Corona-Pandemie musste leider auch unser wöchentlicher Infostand am Lingnermarkt ausfallen. Seit Ende Juli sind wir aber wieder wie gewohnt jeden Freitag von 9 bis 11 Uhr an der Helmuth-Schön-Allee

vertreten. Abwechselnd werden Mitglieder unserer Fraktion am Stand für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen und euch über unsere Arbeit im Stadtrat informieren. Auf unserer Homepage könnt ihr erfahren, wer am jeweiligen Freitag vor Ort sein wird. Wir freuen uns auf euren Besuch. *Die Redaktion*



Die Stadträtinnen Anja Apel und Anne Holowenko beantworten Fragen am Lingnermarkt.

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Norbert Engemaier, Thomas Feske,
Katharina Hanser, Anne Holowenko, Tilo Kießling,
Leo Lentz, Jana Neveling, Marcel Ritschel, André
Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Rainer Sturm/ pixelio (1), Free-Photos/ pixabay (2); Jana Neveling (2, 3, 8); Jörg Blobelt/ wikimedia commons (3), Marcino/ pixabay (4); Alexas_Fotos/ pixabay (4); Carola68/ pixabay (5); Tilo Wirtz (5); Pexels/ pixabay (6, 7); Staubis59/ wikimedia commons (6); highwaystarz/ AdobeStock (6); Frank Grätz (7, 8); Anne Holowenko (7); magicpen/ pixelio (8)

Gestaltung und Satz

Norbert Engemaier

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 6500 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

13.8.2020

Abonnement

»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an fraktion@DIELINKE-dresden.de abonniert werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat